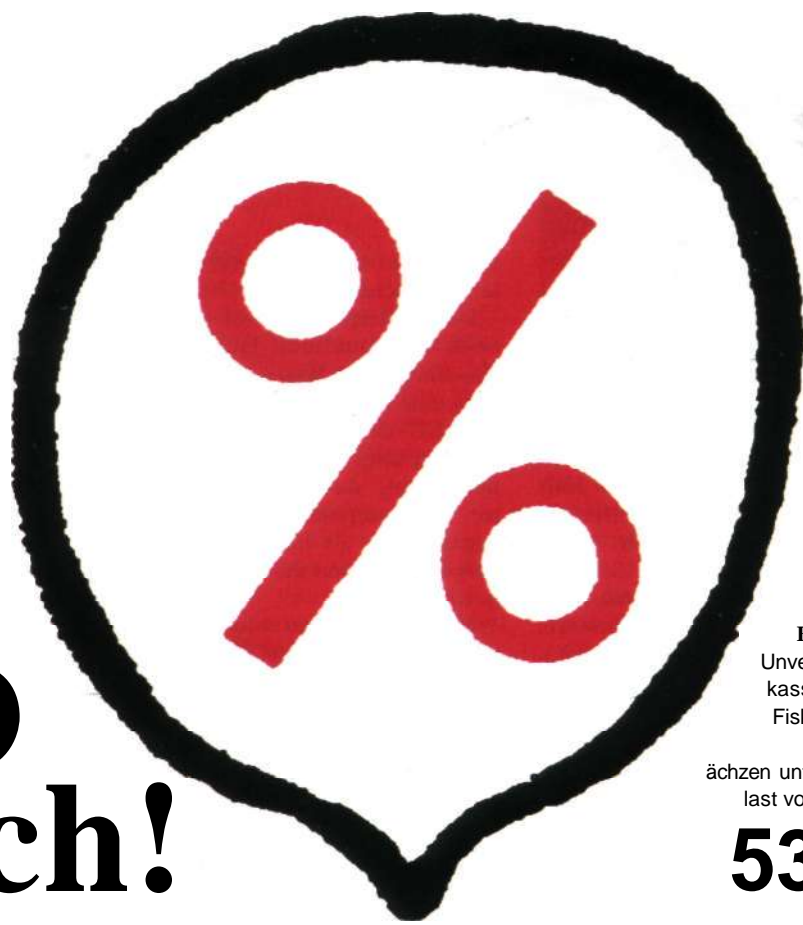


Netto schwach!



Frustrierende Last
Unverhältnismäßig viel
kassiert der deutsche
Fiskus. Ledige Durch-
schnittsverdiener
ächzen unter einer Abgaben-
last von durchschnittlich

53,6%

Weltmeister bei den Arbeitskosten,
aber abgehängt beim Lohn -
eine neue Studie zeigt, wie
Deutschlands Mittelschicht
von Steuern und Abgaben
erdrückt wird



Illustration: Corbis

Es war sein Satz der Sätze. Hundertmal hat er ihn gesagt. Auf Marktplätzen. In Talkshows. Auf Pressekonferenzen. Bis zum Tag nach der Bundestagswahl bestand FDP-Chef Guido Westerwelle vor allem aus der Botschaft: „Ich werde einen Koalitionsvertrag nur unterzeichnen, wenn darin ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem enthalten ist.“

Unterschieden hat er solch einen Vertrag schon. Bei der praktischen Politik allerdings hakt es. Dabei müsste die Entlastung der deutschen Steuerzahler sogar deutlich höher ausfallen als die knapp 20 Milliarden Euro, von denen Union und FDP nun langsam, aber sicher abrücken. Stattdessen hegt, wie das Karl-Bräuer-Institut (KBI) des Bundes der Steuerzahler in einer aktuellen Studie ermittelt hat, die Steuer- und Abgabenlast der deutschen Haushalte um 150 Milliarden Euro über dem Durchschnitt aller OECD-Länder. Die Analyse, die auf Daten des Jahres 2008 basiert, liegt FOCUS

exklusiv vor. „Diese Ergebnisse sind ernüchternd“, sagt der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke. „Seit Jahrzehnten werben die Parteien in ihren Wahlkämpfen mit mittelstandsfreundlicher Politik. Aber wenn es konkret wird, vergessen sie die Mittelschicht.“

Dabei waren sich im schwarz-gelben Koalitionsvertrag noch alle einig: „Eine steuerliche Entlastung insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für die Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Milliarden Euro“ hatten CDU, CSU und FDP in Aussicht gestellt. Bislang wurden aber für Einkommensteuerzahler nur das Kindergeld und die Freibeträge für den Nachwuchs erhöht. Die Rest-Entlastung von rechnerisch 19,5 Milliarden Euro, laut Vertrag „möglichst zum 1.1.2011“ geplant, wird nun einvernehmlich verschoben und kleingerechnet.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat von einer großen Steuerreform

bis 2013 ohnehin noch nie etwas gehalten und bislang keinerlei Entlastungen in seine Finanzplanungen eingestellt. CSU-Chef Horst Seehofer, vor der Wahl einer der lautstärksten Befürworter von Steuerensenkungen, fordert plötzlich einen schwarz-gelben Neustart - notfalls ohne das Prestigeobjekt. Führende Liberale wollen niemals schon 2011 eine Steuerreform geplant haben. Und selbst FDP-Steuerpapst Hermann Otto Söhns, immer noch Überzeugungstäter, hat die noch fällige Entlastung bereits auf 16 Milliarden Euro heruntergerechnet.

Der Betrag erscheint riesig - angesichts eines Haushaltslochs von 70 Milliarden Euro allein beim Bund. Doch gemessen an der tatsächlichen Steuer- und Abgabenbelastung Deutschlands im internationalen Vergleich wären 15,16 oder 20 Milliarden Euro Entlastung nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Würden hierzulande die durchschnittlichen Steuer- und Abgabensätze aller führenden Industriestaaten gelten, •

Die Mini-Entlastung reicht nicht

150 Milliarden Euro zahlen deutsche Haushalte mehr an Steuern und Sozialabgaben als der Schnitt der OECD-Länder. Seit 2008 sind sie zwar um 30 Milliarden Euro entlastet worden. Das

Steuer- und Abgabenniveau der meisten 29 anderen wichtigsten Industrieländer ist aber noch immer deutlich niedriger. Der Unterschied pro Haushalt macht jährlich rund 6000 Euro aus.

Singles

52457,- kostet ein Durchschnittsverdiener* seinen **Arbeitgeber** insgesamt.

43942,- davon bleiben dem Durchschnittsverdiener im Jahr **brutto** (abzügl. Arbeitgeberbeiträgen zu den Sozialversicherungen).

25167,- behält der Arbeitnehmer **netto**.

29179,- an Sozialabgaben, Einkommensteuer und Mehrwertsteuer hat der deutsche Staat 2008 **insgesamt kassiert**.

Um 1049,14 wird der Durchschnittsverdiener 2010 im Vergleich zu 2008 entlastet.

6255,30 an weiteren jährlichen Entlastungen sind erforderlich, um den Schnitt aller OECD-Länder zu erreichen.

Familien

69963,- müssen die Arbeitgeber für ein Ehepaar mit zwei Kindern** insgesamt aufwenden.

58589,- erhält das Ehepaar mit zwei Kindern im Jahr **brutto** (abzügl. Arbeitgeberbeiträgen zu den Sozialversicherungen).

40992,- * bleiben dem Arbeitnehmer-Ehepaar netto.

32047,- an Sozialabgaben, Einkommensteuer und Mehrwertsteuer hat der deutsche Staat 2008 **insgesamt kassiert**.

Um 2098,89 wird der Durchschnittsverdiener 2010 im Vergleich zu 2008 entlastet.

5950,80 an weiteren jährlichen Entlastungen sind erforderlich, um den Schnitt aller OECD-Länder zu erreichen.

*Die OECD berücksichtigt nur Vollzeitjobs in der Privatwirtschaft **Er verdient den Durchschnitt, sie ein Drittel davon

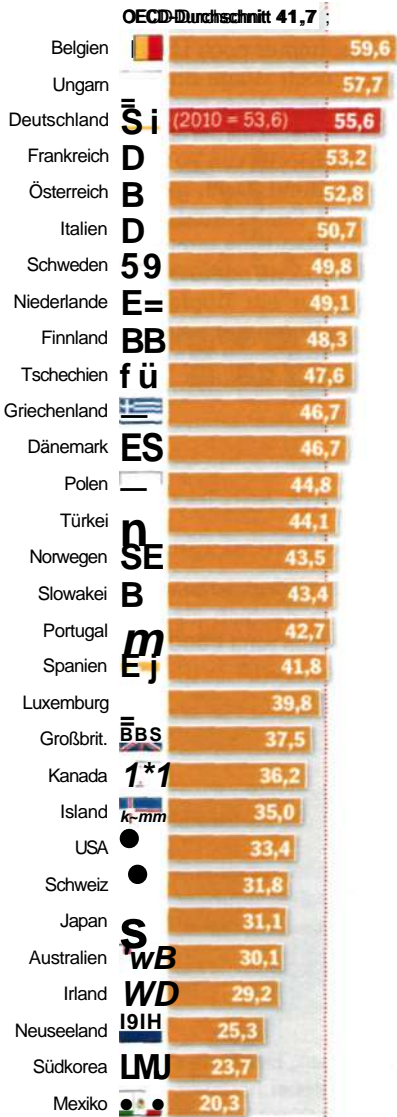
inkl. Kindergeld

Quellen: Karl-Bräuer-Institut/OECD/eigene Berechnungen

Spitzenwerte bei den Abgaben

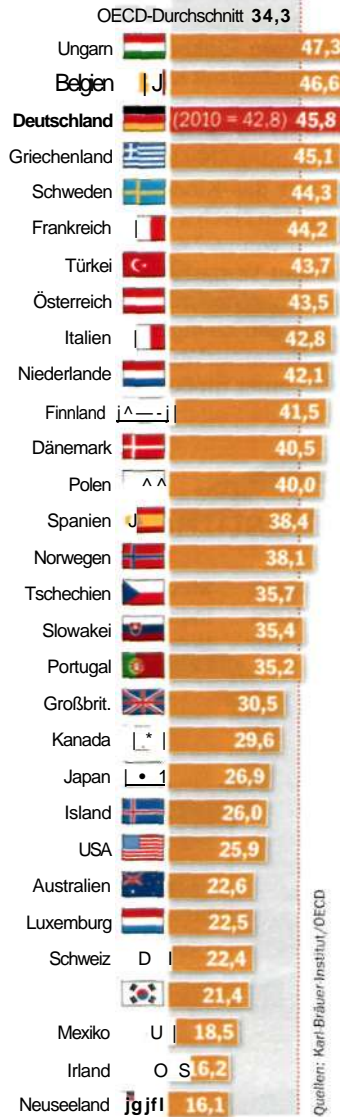
Steuern und Sozialabgaben 2008

So stark belasten direkte Lohnabzüge (Lohn- u. Einkommensteuer sowie Sozialabgaben) und die Mehrwertsteuer den **ledigen** Durchschnittsverdiener in Prozent der Brutto-Arbeitskosten:



Steuern und Sozialabgaben 2008

So stark belasten direkte Lohnabzüge (Lohn- u. Einkommensteuer sowie Sozialabgaben) und die Mehrwertsteuer ein **Ehepaar mit zwei Kindern** (ein Partner verdient 100%, der andere 33%) in Prozent der Brutto-Arbeitskosten:



Mächtig abkassiert

Nur in Belgien und Ungarn wird der ledige Durchschnittsverdiener noch stärker belastet als in Deutschland. Die steuerlichen Entlastungen für 2010 ändern an diesem unrühmlichen Spitzenplatz nichts

Ordentlich ausgenommen

Auch Familien stehen im internationalen Vergleich schlecht da. Durch die Entlastungen für 2010 verbessern sie sich zwar um einige Plätze im Negativ-Ranking, bleiben aber überdurchschnittlich hoch belastet

hätten deutsche Haushalte 2008 über 150 Milliarden Euro mehr netto verfügen können, so das Fazit der KBI-Studie.

Zwar wurden 2009 und 2010 sowohl die Sozialabgaben als auch die Steuern nach Berechnungen des Instituts um insgesamt 30 Milliarden Euro gesenkt. „Deutsche Haushalte sind aber so hoch belastet, dass sich das kaum bemerkbar macht“, sagt KBI-Vorstand Volker Stern. So kassiert der Staat vom Einkommen eines normal verdienenden Ehepaars mit zwei Kindern im OECD-Schnitt 34,3 Prozent an Sozialabgaben sowie an Lohn- und Mehrwertsteuer. In Deutschland aber sind es trotz der in der Rechnung berücksichtigten Anhebung des Kindergelds noch immer 42,8 Prozent (s. Grafik links). „Das ist immerhin ein Unterschied von rund 6000 Euro im Jahr“, rechnet Stern vor. „Oder anders ausgedrückt: Wurde die deutsche Familie bei Steuern und Sozialabgaben so behandelt wie in anderen Industriestaaten, hätte sie im Schnitt jeden Monat 500 Euro mehr zur Verfügung.“

Ähnlich fällt die Rechnung für einen ledigen Durchschnittsverdiener aus. Dessen Jahresbrutto von knapp 44 000 Euro kostet seinen deutschen Arbeitgeber fast 52500 Euro - so viel wie nirgendwo sonst. Auf dem Gehaltskonto kommt aber nicht einmal die Hälfte an. Inklusiv des Anteils, den sich der Fiskus über die Mehrwertsteuer vom Netto nimmt, fressen staatliche Zwangsabgaben aktuell 53,6 Prozent des erwirtschafteten Verdienstes auf (s. Grafik links). „In keinem Industrieland der Welt ist die Schere zwischen den Bruttoarbeitskosten des Arbeitgebers und dem Nettoverdienst des Arbeitnehmers so groß wie in Deutschland“, sagt KBI-Forscher Stern.

Der Finanzwissenschaftler gut als einer der besten Abgabexperten Deutschlands. 1978 hat Stern beim KBI in Wiesbaden begonnen. Wenig später ärgerte sich SPD-Bundeszweitzminister Hans Matthöfer über das Erstlingswerk des jungen Referenten, in dem der Volkswirt die heimlichen Steuererhöhungen aufdeckte, die Beamte im Auftrag ihres Chefs in die Steuertarife eingebaut hatten. Sieben weiteren Finanzministern in Bonn und Berlin hat Stern inzwischen auf die Finger gesehen.

Den Mechanismus, die Steuerbelastung schneller steigen zu lassen als die Gehälter der Steuerzahler, nutzten sie alle. Hinzu kommt seit Mitte der 90er-Jahre ein Knick im Steuertarif, der aus Deutschlands Mittel-



Malocher und Chef
 Unternehmer Birger Heuser (Mitte) aus Haan in Nordrhein-Westfalen ärgert sich, dass der Staat vom Weihnachts- und Urlaubsgeld nur ein Drittel übrig lässt. „Früher gab es dafür wenigstens noch einen Freibetrag“

schicht durch eine immer steuere Progression die Melkkuh des Staates macht.

Wie sich das auswirkt, lässt sich in einer weiteren Untersuchung Sterns nachlesen: Wer heute zwischen 29000 und 112000 Euro jährlich versteuern muss, dem zieht der Staat prozentual mehr ab als für ein vergleichbares Einkommen im Jahr 1990 (FOCUS 10/2009). „Die Mitte ist bei allen Entlastungsmaßnahmen nicht ausreichend berücksichtigt worden“, kritisiert Steuerzahler-Präsident Däke. „Deshalb sind für die Mittelschicht weitere Entlastungen erforderlich. Wenn sich die Politik davor drückt, wird die Mitte von der hohen Steuer- und Abgabenbelastung erdrückt.“

Das Problem: Spielraum für Steuersenkungen muss sich die Koalition erst mal erarbeiten. Zwischen den dauerhaften Einnahmen und den Ausgaben des Bundes klafft aktuell eine Lücke von 70 Milliarden Euro, die Union und FDP genau wie vorher schon die große Koalition über zusätzliche Kredite schließen. Ein Teil dieser Schulden kommt auch der Mittelschicht zugute: So drücken Bundeszuschüsse in zweistelliger Milliardenhöhe die Sozialabgaben nach unten. Auch von den gerade erst eingeführten staatlichen Leistungen wie dem Elterngeld profitieren im Fall der Fälle diejenigen, die am meisten unter der Abgabenlast leiden.

Trotz dieser Wohlfühl-Programme sitzt die Mitte in der Staatsfalle, denn jede Gehaltssteigerung führt automatisch zu einer drastischen Steuererhöhung. „Im aktuellen Tarif wächst die Steuerlast für die Masse der Steuerzahler fast doppelt so schnell wie das Einkommen“, warnt Stern.

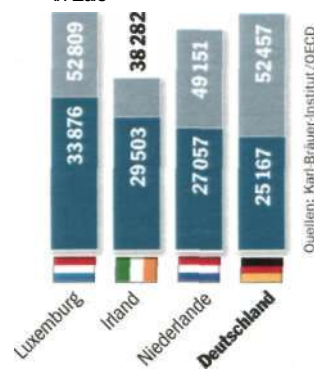
Am Beispiel eines verheirateten Alleinverdieners mit 50000 Euro Jahresbrutto rechnet er vor, wie hart der Staat inzwischen bei Gehaltserhöhungen zuschlägt: „Wenn der heute drei Prozent mehr Lohn bekommt, erhöht sich seine Steuerbelastung um sechs Prozent. 1990 hätte die gleiche Lohnerhöhung noch ein Steuerplus von lediglich 4,11 Prozent bedeutet.“

Diesen Effekt spüren Deutschlands Malocher vor allem beim Weihnachts- und Urlaubsgeld. „Ausgerechnet solche zusätzlichen Prämien werden am höchsten besteuert“, ärgert sich Unternehmer Birger Heuser aus Haan bei Düsseldorf.

„Wenn ich im Juni das Urlaubsgeld bezahle, mache ich drei Überweisungen: Das erste Drittel geht an die Sozialversicherung, das zweite geht ans Finanzamt, und nur noch ein Drittel bleibt meinen Mitarbeitern als Netto übrig.“ Von 1500 Euro Aufwand kämen manchmal sogar nur 400 Euro an. „Da haben Sie auf beiden Seiten nur Frust“, klagt Heuser, der auch Landes-

4-Länder- Vergleich

Nettolohn und Arbeitskosten
 (Single, Durchschnittslohn)
ausgesuchte Länder im Vergleich
 in Euro



Mehr Netto vom Brutto

Der 4-Länder-Vergleich offenbart: Deutsche Arbeitnehmer kosten ihren Chef oft deutlich mehr, ohne dass sie selbst davon profitieren. In Irland war der Bruttolohnaufwand 2008 ein Viertel niedriger als in Deutschland, das Netto aber um 17 Prozent größer. Inzwischen hat sich der Abstand etwas verringert

Was am Ende übrig bleibt



Teurer Sieg

Den Spitzenplatz nimmt Deutschland beim Faktor Arbeitskosten ein. In keinem OECD-Land müssen Chefs für die Arbeit ihrer Angestellten so viel zahlen wie in Deutschland

Beim Netto

allerdings liegt Deutschland trotz der immensen Arbeitskosten nur knapp über dem OECD-Durchschnitt. Beim Arbeitnehmer kommt weniger als die Hälfte der gesamten Arbeitskosten an

Vorsitzender des Verbands „Die Familienunternehmer ASU“ in Nordrhein-Westfalen ist. Seine Forderung: „Wenigstens Motivationsprämien sollten niedriger besteuert werden.“

Der Bund der Steuerzahler plädiert generell für geringere Steuersätze. In einem ersten Schritt, so das Fazit der akuten KBI-Studie, sollten die Steuersätze zwischen 15 Prozent ab 8001 Euro und 42 Prozent bei 60000 Euro wieder gleichmäßig steigen. Damit würden vor allem Jahreseinkommen zwischen 20000 und 60000 Euro um bis zu 20 Prozent entlastet.

Für die Glättung dieses „Mittelstandsbereiches“ müsste der Staat allerdings zunächst auf Steuereinnahmen in Höhe von 25 Milliarden Euro jährlich verzichten. Später sollen die Steuersätze nach dem Willen des Bundes der Steuerzahler weiter sinken. Um heimliche Steuererhöhungen zu verhindern, soll der Tarif außerdem jährlich an die Einkommensentwicklung angepasst werden.

Von größeren Steuerentlastungen wollen Union und FDP aber nichts wissen. Sie warten erst mal die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai und die kurz davor terminierte Steuerschätzung ab. Positive Überraschungen sind nicht zu erwarten - im Gegenteil: Der Plan, die Steuerreform wegen der angespannten Staatsfinanzen von 2011 auf 2012 oder 2013 zu verschieben, dürfte kaum aufgehen. Denn wegen der Schuldenbremse des Grundgesetzes muss das Defizit Jahr für Jahr schrumpfen. 2011 muss Schäuble allein beim Bund zehn Milliarden Euro sparen, 2012 aber bereits 20 und 2013 sogar 30 Milliarden Euro. „Wie wir da noch eine Steuerreform unterkriegen sollen, ist mir ein Rätsel“, stöhnt ein CDU-Finanzexperte.

Der Bund der Steuerzahler drückt sich auch um Sparvorschläge nicht herum. Seit dem 19. März präsentiert der Verband jeden Tag einen neuen Streichvorschlag aus dem staatlichen Ausgabenkatalog im Internet. Allein durch den Wegfall eines Staatssekretär-Postens in jedem Ministerium könnte die Regierung 1,75 Millionen Euro im Jahr sparen, rechnet der Steuerzahlerbund vor. Die meisten Vorschläge müssten in der Regierung einige Unterstützer finden. Denn sie stammen aus dem „Liberalen Sparbuch“ vom damaligen FDP-Oppositionschef Guido Westerwelle.